



AS/PoI (2018) 16rev

5. September 2018

Apdoc16rev_18

Die gehackte Demokratie – wie reagieren?

Berichterstatter: Herr Frithjof SCHMIDT, Deutschland, Fraktion der Sozialisten, Demokraten und Grünen (SOC)

Überarbeiteter Berichtsentwurf

1. Ursprung, Ziel und Umfang des Berichts

1. Ich wurde im März 2018 zum Berichterstatter ernannt, allerdings nicht nach einem Entschließungsantrag, sondern nachdem auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses in Kopenhagen im November 2017 eine Debatte mit dem Titel „Die gehackte Demokratie – wie reagieren?“ durchgeführt und anschließend beschlossen worden war, die Frage an den Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie zur Berichterstattung zu überweisen.

2. In Anbetracht des Fehlens eines schriftlichen Antrags, der die Leitlinien für meine Arbeit festlegt, war ich der Ansicht, dass es wichtig sei, sie in diesem Berichtsentwurf (Zwischenstand?) darzulegen.

3. Angelegt als ein offener und demokratischer Raum ist das Internet auch ein „globales Dorf“, in dem private Akteure großen Einfluss ausüben, wo mit dem Internet verbundene Unternehmen anfällig für Cyberangriffe sind und Menschen Grund haben, sich Sorgen im Hinblick auf den Schutz ihrer persönlichen Daten zu machen.

4. Gleichzeitig unterliegen meinungsbildende Prozesse und somit in demokratischen Staaten auch Entscheidungsprozesse versuchter Einflussnahme, was mit einer hohen Gefahr der Destabilisierung der politischen Institutionen verbunden ist: Das Internet ist nicht nur ein Ort der Demokratie und der offenen Debatte, sondern auch ein Ort, wo eindeutig kriminelle Ansichten geäußert werden, die Debatte durch den versteckten Einsatz von Meinungsrobotern absichtlich manipuliert wird, falsche Nachrichten bewusst überallhin verbreitet werden, die Zahl großer Cyberangriffe zunimmt und die persönlichen Daten von Menschen gehandelt werden, bevor sie zu Manipulationszwecken genutzt werden.

5. Es lässt sich nicht bestreiten, dass die Versuche, Wahlprozesse digital zu beeinflussen, in den letzten Jahren zugenommen haben. Die im November 2017 im Ständigen Ausschuss geführte Debatte konzentrierte sich auf die China oder Russland zugeschriebenen Angriffe, im letzteren Fall insbesondere auf Angriffe während der Wahlen 2016 in den USA. Abgesehen von dem Verdacht gegenüber diesen beiden Ländern oder der rechtswidrigen Nutzung von Facebook-Daten während der Wahlen in den USA, die durch den "Cambridge Analytica"-Skandal aufgedeckt wurden, hat es auch Berichte über Versuche gegeben, andere Wahlprozesse zu beeinflussen, beispielsweise das Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien oder die jüngsten Parlamentswahlen in den Niederlanden. Vor kurzem ist auch die Frage einer möglichen Einmischung während des Brexit-Referendums aufgekommen, und das britische Parlament untersucht diese Anschuldigungen.

6. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass der Trend in der Debatte im Netz und in den sozialen Medien sowie die Veränderungen, die die Rolle von Informationen dort beeinflusst haben, in den die digitalen Medien regelnden internationalen Übereinkommen berücksichtigt werden müssen. Es ist zweifellos an der Zeit, dass die Staaten mehr Verantwortung im Hinblick auf das Internet übernehmen und daran arbeiten, den Grundsatz der Verantwortlichkeit seitens der sozialen Medien selbst zu stärken.

7. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass Hackerangriffe auf die Demokratie auch mit Verteidigungsfragen verbunden sind. Cyberangriffe erlangen bei dem, was heute „hybride Kriegsführung“ genannt wird, einer neuen Art der Kriegsführung, die konventionelle und nichtkonventionelle Methoden miteinander verbindet, zunehmende Bedeutung. Dies schließt auch eine Neudefinition der konventionellen strategischen Angriffs- und Verteidigungssysteme im militärischen Bereich ein. In diesem Zusammenhang besteht die große Gefahr, dass direkt auf die Zivilgesellschaft abgezielt wird und ihre Rechte ignoriert werden.

8. Trotz der Bedeutung dieser Frage möchte ich mich auf die zivilen Aspekte von Hackerangriffen auf die Demokratie konzentrieren, was meiner Meinung nach umfassendes Material für diesen Bericht liefert.

9. Hinter der wuchernden Desinformation im Internet stehen meiner Meinung auch zwei wichtige Fragen, die in die Zuständigkeit des Politischen Ausschusses fallen:

- Ermutigt das derzeitige Geschäftsmodell des Internets und der sozialen Medien nicht die Verbreitung falscher Informationen und ist es dadurch nicht eine Bedrohung für unsere repräsentativen Demokratien? Wenn ja, wie kann dieses Modell geändert werden?
- Besteht nicht die Gefahr, dass die Art und Weise, wie die sozialen Medien arbeiten, d.h.wenn sie das verschärfen, was die Wissenschaftler "Cocooning" nennen, also die Tendenz von miteinander verbundenen Gruppen oder einzelnen Menschen, unter sich zu bleiben und nur "Nachrichten" zu verfolgen (gleich, ob sie wahr oder unwahr sind), die ihre Ansichten bestätigen, diese Gruppe von Webnutzern von einer Konfrontation mit Ansichten ausschließen wird, die sie nicht teilen? Mit anderen Worten, wenn Demokratie die Akzeptanz einer Debatte mit Menschen

einschließt, die andere Ansichten haben, macht dieser Trend diesen Aspekt der Demokratie nicht obsolet?

10. In Bezug auf all diese Themen haben mehrere Organisationen und verschiedene internationale Übereinkommen versucht, auf die Herausforderungen der digitalen Technologien zu reagieren. Ein Beispiel hierfür ist der vom Europarat veröffentlichte Bericht über „Informationsstörungen“.¹ Ich werde versuchen, die wichtigsten Beispiele in meinem Bericht zu betrachten.

11. Derzeit ist es erforderlich, dass unsere Gesellschaften

- sich auf kurze Sicht mit den dringlichsten Fragen befassen, z.B. auf dem Gebiet der Sicherheit von Wahlen;
- auf lange Sicht die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegen Desinformation erhöhen;
- eine Struktur schaffen, die in der Lage ist, Reaktionsmaßnahmen zu überprüfen und ständig anzupassen.

12. Im Hinblick auf die Manipulation der demokratischen Meinungsbildungsprozesse, insbesondere bei Wahlen, möchte ich mich auf Mittel zur Erhöhung der Transparenz, die Ressourcen, die für Ausbildung und Forschung verwendet werden sollten, sowie die Ressourcen für Wege zur Überprüfung von Informationen konzentrieren. Ich möchte auch auf die Verantwortung der Staaten im Hinblick auf den Schutz der Bürger und die Frage hinweisen, wie diese auf internationaler Ebene durch die Stärkung der bestehenden Übereinkommen umgesetzt werden sollten. Schließlich möchte ich die Frage der Schaffung einer internationalen, neutralen und unparteiischen Behörde zur Beurteilung von Desinformation auf überstaatlicher Ebene ansprechen.

13. Was Datenschutz und IT-Sicherheit anbelangt, werde ich mich auf den Schutz einer Gesellschaft, die meiner Meinung nach offen bleiben muss, auf die Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre und der Freiheit aller Bürger sowie völkerrechtliche Sanktionen konzentrieren.

2. Die relevante Arbeit des Europarates

14. Im Juni 2018 führte unser Ausschuss eine Anhörung zu zwei Aspekten dieser Debatte durch: Sicherheit bei Wahlen und Informationsstörungen, die der Europarat über die Venedig-Kommission bzw. die Generaldirektion Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit behandelt hat.²

15. Die Vorstellung der Debatten auf der 15. Konferenz der Wahlleitungsgremien³ über Sicherheit bei Wahlen zeigte eindeutig, dass das Recht auf freie Wahlen sich in zweierlei Hinsicht digitalen Herausforderungen gegenübersteht: in Bezug auf die Freiheit der Wähler, sich eine Meinung zu bilden, sowie in Bezug auf ihre Freiheit, ihren Willen zu äußern. Es wurde ebenfalls betont, dass Cyberangriffe strafrechtlich geahndet werden sollten, die Effektivität der juristischen Antworten allerdings bisher relativ eingeschränkt war.

16. Darüber hinaus fand ich bei der Vorstellung des Berichts des Europarates über Informationsstörungen die dort vorgestellte Typologie zur Beschreibung der derzeitigen Informationsstörungen besonders interessant und nützlich für die Bestimmung der für die Bedrohung passenden Art der Reaktion. Vor allem ist das Konzept der „Fake News“ zu ungenau. Der Bericht unternimmt eine Unterscheidung zwischen

- Fehlinformationen, bei denen falsche Informationen verbreitet werden, jedoch kein Schaden beabsichtigt ist;
- Desinformationen, bei denen falsche Informationen bewusst verbreitet werden, um Schaden zu verursachen;
- schlechte Informationen, wenn echte Informationen verbreitet werden, um Schaden zu verursachen - häufig indem Informationen, die privat bleiben sollen, an die Öffentlichkeit gebracht werden.

¹ Bericht des Europarates über Informationsstörungen.

² Für eine ausführliche Zusammenfassung dieser Anhörung siehe das vorläufige Protokoll der Sitzung vom 25. Juli 2018, AS/Pol (2018) PV 05.

³ Webseite der 15. Europäischen Konferenz der Wahlleitungsgremien

17. Von dieser wichtigen terminologischen Klärung abgesehen, betraf einer der wichtigsten Punkte der Anhörung die Tatsache, dass die Bildung junger Menschen im Hinblick auf den Informationsfluss im Internet eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung von Informationsstörungen werden sollte, unsere Bildungssysteme insgesamt aber schon im 19. Jahrhundert, lange vor dem digitalen Zeitalter, gestaltet wurden. Ich möchte diesem Aspekt in meinem Bericht besondere Aufmerksamkeit schenken, da es sich um eine Frage handelt, die die Zukunft unserer Gesellschaften eindeutig bestimmen wird.

18. Ich werde ebenfalls daran erinnern, wie wichtig die Schaffung beratender Organe ist, an die sich Bürger und Verbraucher wenden können sollten, um die Wahrheit von Informationen zu klären, was bei unserer ersten Anhörung ebenfalls herausgearbeitet wurde.

19. Schließlich möchte ich einen der Punkte dieser Anhörung weiter ausführen, der die Medien und Journalisten betrifft, da sie Opfer von Fehl- und/oder Desinformationen sind, viele von ihnen sich an „Faktenchecks“ beteiligen, d.h. die Prüfung von im Netz zirkulierenden Informationen, und sie gleichzeitig Akteure von Fehl- und Desinformationen sein können.

3. Methodik und zeitlicher Rahmen

20. Unser Ausschuss wird im September eine weitere Anhörung mit zivilgesellschaftlichen Experten veranstalten. Wenn es der Fortschritt meiner Arbeit rechtfertigt, werde ich eine dritte Anhörung im Laufe des Jahres 2019 vorschlagen.

21. Es gibt eine Fülle von Literatur zu Hackerangriffen auf die Demokratie, insbesondere in den Parlamenten, darunter Berichte wie den des Digitalen Ausschusses des britischen Unterhauses und den der Ausschüsse der französischen Assemblée nationale und des französischen Senats über den Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Manipulation von Informationen oder die Protokolle wichtiger Anhörungen wie der von Mark Zuckerberg, Vorstandsvorsitzender von Facebook, vor dem amerikanischen Senat und dem Abgeordnetenhaus und vor dem Europäischen Parlament, sowie von Christopher Wylie, des Whistleblowers im Cambridge-Analytica-Skandal, vor dem Digitalen Ausschuss des britischen Unterhauses.

22. Ich werde auch die verschiedenen Aktivitäten des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien untersuchen, der dabei ist, Berichte über „Medienbildung im neuen Medienumfeld“, „Die Rolle der Bildung im digitalen Zeitalter: von ‚Digital Natives‘ zu ‚digitalen Bürgern‘“ sowie „Internet-Governance und Menschenrechte“ zu erstellen.

23. Darüber hinaus werde ich die Studie der Venedig-Kommission über die Rolle der sozialen Medien und des Internets für die demokratische Entwicklung untersuchen, die Ende 2018 veröffentlicht werden soll.

24. Gleichzeitig beabsichtige ich für die Erstellung eines Vergleichs der unterschiedlichen Reaktionen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr Sicherheit bei Wahlen, über das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) einen Fragebogen an die Parlamente der Mitgliedstaaten zu versenden.

25. Schließlich plane ich für 2019 die Durchführung einer Erkundungsmission, bei der ich den Besuch des Exzellenzzentrums der NATO für strategische Kommunikation (StratCom COE) in Riga mit einem Besuch in Norwegen und Schweden verbinden würde - zwei Ländern, deren Wahlbehörden anscheinend mit Einmischungsversuchen in ihre Wahlen konfrontiert waren und die eine umfassende Vorstellung im Hinblick auf mögliche Reaktionen zu haben scheinen.